

Pleiten, Pech und Pannen

Wo sich bereits in den ersten zwei Regierungswochen Bruchstellen auftaten und wer dafür verantwortlich ist.

Pflegegeld-Erhöhung

Vor zehn Jahren als „Meilenstein“ in der Behinderten- und Generationenpolitik eingeführt, wurde das Pflegegeld seit sieben Jahren nicht mehr der Inflation angepasst.

2002 gab der Bund 1,440 Milliarden Euro an rund 300.000 bedürftige Personen aus. Hinzu kommen 50.000 Menschen, die das Pflegegeld von den Ländern beziehen, da ihnen die notwendige Sozialversicherung fehlt.

Die lang geforderte Pflegegeld-Erhöhung um 1,8 Prozent per 1. Jänner 2003 war bereits im Vorjahr zwischen ÖVP und FPÖ paktiert worden. Damals vereinbarten Finanzminister **Karl-Heinz Grasser** und Sozialminister **Herbert Haupt** Mehrkosten von 23 Millionen Euro für die Sozialversicherungen. Haupt forderte vergangene Woche die Inflationsanpassung des Pflegegeldes ein, Grasser weigert sich. Der Verdacht der FPÖ: Grasser möchte sich die gute Tat gern auf seine eigenen Fahnen heften. Sicher ist: Die Pflegegeld-Erhöhung wird niedriger ausfallen als geplant. Das empört nicht nur Behindertenverbände und Pflegeeinrichtungen. Es ist auch eine persönliche Niederlage für den neuen Vizekanzler, dem sogar die politischen Gegner hohe Sensibilität für die Anliegen der Behinderten attestieren.

Selbstbehalte

Bei den Selbstbehalten, die Kanzler **Wolfgang Schüssel** noch Anfang Jänner prominent präsentiert, sind die innerkoalitionären Gräben noch tiefer. Im Regierungsprogramm reichte es nur für die vordergründig elegante Kompromissformel, die Sozialversicherungen zu „ermächtigen, einen sozial gestalteten Selbstbehalt einzuheben“. Die Kassen reagierten gereizt auf das Abwälzen der Verantwortung: Für „Steuererfindungen für kranke Menschen sind wir nicht zu haben“, schaltete etwa **Franz Bittner** von der Wiener Gebietskrankenkasse auf Rot.

Auch wenn die Konfrontation mit den Kassen im Hinblick auf deren Totalumbau beabsichtigt sein mag, blieb von der ÖVP-Idee der Selbstbehalte vorerst nur mehr die Ankündigung: Laut Vizekanzler **Herbert Haupt** könnten Selbstbeteiligungen gemeinsam mit der von Pannen begleiteten elektronischen Chipkarte kommen (darauf wartet die Bevölkerung seit vier Jahren). Oder gar nicht: Denn schon im Koalitionsübereinkommen 2000 fand

sich der Satz, wonach „anstelle der Krankenscheingebühr ein System von Selbstbehalten“ treten soll.

Doch auch die restlichen Beitragserhöhungen (siehe Grafik) bereiten Probleme. 2001 vereinbarte die Regierung mit den Ländern vertraglich, dass Mehreinnahmen zu rund einem Drittel in die Spitalsfinanzierung fließen müssen. Anstatt die Löcher der Kassen zu stopfen, dürfen sich also die Länder über ein feines Körbergeld für ihr ohnedies aufgeblähtes Spitalsystem freuen.

Ambulanzgebühr

Minister **Herbert Haupt** hat sie eingeführt, Vizekanzler **Herbert Haupt** will sie beseitigen: die Ambulanzgebühr. Die neue Gesundheitsministerin **Maria Rauch-Kallat** hatte noch am 7. März nichts gegen die Abschaffung des unadministrierbaren Selbstbehalts. Am Montag der Vorwoche verkündete Sozialminister Haupt bei seiner Antritts-Pressekonferenz selbstbewusst, er werde einen entsprechenden Antrag im Ministerrat einbringen. Tags darauf holte er sich bei der Kabinettsitzung die Abfuhr. Danach tönnte der FPÖ-Chef zwar noch selbstbewusst, doch wenig glaubwürdig: Erst müssten jene 260 bis 280 Planstellen in den Gebietskrankenkassen abgebaut werden, die bislang die Gebühr administriert hatten. Die Länderkassen stellten umgehend klar, dass

wegen der Ambulanzgebühr kein einziger Planposten neu geschaffen worden war.

Pensionen

Nirgendwo fiel der Pakt zwischen **Wolfgang Schüssel** und **Herbert Haupt** weitricher aus als im Pensionskapitel. Abschaffung der Frühpensionen ab 2004, Pensionskürzungen durch einen längeren Durchrechnungszeitraum, gesenkte Steigerungsfaktoren in der Pensionsberechnung und freiwilliges Pensionsplitting: Von Experten kam zwar Lob für den Mut zu Einschnitten, doch selbst der forsche Pensionsreformer **Bernd Marin** warnte vor „fehlender sozialer Abfederung“. Vor allem Frauen würde es ungleich härter treffen. Bei der FPÖ sorgte die so genannte Hacklerregelung für einen Aufschrei. Ein 60-jähriger Arbeiter, der nach 45 Beitragsjahren in Rente gehen möchte, müsste nach derzeitigem Verhandlungsstand Abschläge von über 20 Prozent in Kauf nehmen. „Liebe Freunde von der ÖVP, so kann man das nicht machen“, zeigt sich FP-Vizeparteiobmann **Max Walch** mehr im Ton als in der Sache freundlich.

Vorprogrammierte Zwischenfälle birgt auch das Verfassungsrecht, weil das geschlechtsspezifische Pensionsalter bis 2019 im Verfassungsrang verankert ist.

Die Sorge, dass sich die Pensionsreform als schneller Pfusch erweisen könnte, besteht schon wegen des Termindrucks. Die Regierung will den gesamten Entwurf per 31. März zur Begutachtung ausschicken. Doch das Sozialministerium ist augenblicklich anderweitig beschäftigt. Durch die Teilung der Sektion Sozialversicherung zwischen den Ministern **Herbert Haupt** (Pensionsagenden) und **Maria Rauch-Kallat** (Krankenversicherung) ringen die Beamten vorerst mit der Zuordnung ihres ohnehin nur kleinen Expertenstabs.

Steuerreform

Das Koalitionsübereinkommen sieht eine Steuerreform in zwei Schritten vor: Die Steuerbefreiung für Bruttoeinkommen bis 14.500 Euro jährlich, eine Lohnnebenkosten-Senkung für ältere Arbeitnehmer und Steuerbegünstigungen für nicht entnommene Gewinne sollen ab 2004 eine Entlastung von 500 Millionen Euro bringen. In der zweiten Etappe sollen alle Bevölkerungsschichten um Steuerburden im Ausmaß von 2,5 Milliarden Euro erleichtert werden. Doch kaum hatten **Wolfgang Schüssel** und **Karl-Heinz Grasser** die „größte Steuerreform der Zweiten Repu-

Operation ohne Erfolg

Wie viel die neuen Einnahmen dem Gesundheitswesen bringen (ohne Selbstbehalte).

	Angaben in Mio. Euro			
	2003	2004	2005	2006
Anhebung des KV-Beitrages der Pensionisten ¹⁾	25,6	76,9	128,1	179,4
Harmonisierung des Beitragssatzes Arbeiter, Angestellte ²⁾	44,8	89,7	89,7	89,7
Zusatzbeitrag für Nicht-Arbeitsunfälle ³⁾	58	116	116	116
Reduzierung d. Beitrages zur Krankenanstaltenfinanz.	-	-	250	250
Summe	128,4	282,6	583,8	635,1
Prognostizierter Abgang der KV ⁴⁾	-573,0	-954,0	-1364,0	-1461,0
Differenz	-444,6	-671,4	-780,2	-825,9

¹⁾ Anhebung im ASVG und GSVG von 3,75% auf 4,75%. Anhebung im BSVG von 4,25% auf 4,75% in vier Jahresschritten um je ein Viertel. Beginn der Jahresschritte Mitte 2003, Endausbaustufe Mitte 2007. 205 Mio. Euro pro Jahr.

²⁾ Harmonisierung der Beitragssätze der Arbeiter und Angestellten im ASVG auf 7,3% mit Wirksamkeit ab Mitte 2003.

³⁾ Zusätzlicher Beitrag von 0,1% für alle ab Mitte 2003.

⁴⁾ Mehraufwand d. KV ohne Maßnahmen (jährliche Aufwandssteigerung bei Medikamenten ab 2003: +8%) mit Tabaksteuer, mit Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds der KV-Träger. Schätzung konform mit BMF und konsensuell zwischen allen Parlamentsparteien.

Quelle: WGKK

profil infografik-noa

blik“ verkündet, schossen ihnen die Experten vor die Beine. Der Regierungsberater und IHS-Chef **Bernhard Felderer** vermisste bei der ersten Tranche den „Konjunkturimpuls“ und schasselte die zweite, große Stufe als „expansive“ – schuldenfinanzierte – Politik ab. Noch deutlicher wurde Wifo-Konjunkturexperte **Ewald Walterskirchen**. Die Entlastung von drei Milliarden Euro werde den Bürgern bei Pensionen und im Gesundheitsbereich wieder weggenommen und die Steuerreform überdies durch Neuverschuldung finanziert. Walterskirchens trockenes Resümee: „Wir stehen wieder dort, wo wir im Jahr 2000 waren.“

Danach kam ein Interview Grassers im ORF-Radio. „Keine Garantie“, hieß es da, erst müsse das Wachstumsszenario stimmen und das Budget entsprechend restriktiv verhandelt werden. Die FPÖ tobte, von Vorarlberg bis Kärnten. Kanzler Schüssel suchte den Streit als „virtuell“ zu kalmieren, aber vergangenen Freitag wiederholte Grasser im „Standard“ seine Bedingungen. Zur Erinnerung: Vergangenen September zerbrach die erste Koalition genau an dieser Frage. Einen neuerlichen Betriebsunfall dieser Art wird sich die Regierung kaum mehr leisten können.

Ladenöffnungszeiten

Die Regierung plant unter dem Titel „Flexibilisierung“ eine Ausweitung der wöchentlichen Ladenöffnungszeiten von derzeit 66 auf 72 Stunden. Der Bedarf ist offenbar doch nicht so groß: Oberösterreich, Niederösterreich, Salzburg, Tirol und die Steiermark ließen wissen, dass sie dafür keinen Notwendigkeit sähen. Alle fünf sind VP-regiert (siehe auch Seite 46).